

P o s t w u r f s e n d u n g

A N A L L E
H A U S H A L T U N G E N

34326 M O R S C H E N

15.09.93

LIBERALER BÜRGERBRIEF NR. 10

LIEBE BÜRGERINNEN, LIEBE BÜRGER,
die Sommerferien liegen hinter uns und wir hoffen, daß Sie sich gut erholt haben. Wir haben die Zwischenzeit genutzt und legen Ihnen heute eine neue Ausgabe des Liberalen Bürgerbriefes vor, der Sie in gewohnter Weise über politische Entwicklungen in unserer Gemeinde informieren will.

FUSSWEG ZWISCHEN ALT- UND NEUMORSCHEN

Auf Wunsch zahlreicher Bürger hatten wir Ihnen in unserem Bürgerbrief Nr. 7 versprochen, uns für die Öffnung der Brücke über die B 83 als Fußgängerweg zwischen Alt- und Neumorschen einzusetzen. Entsprechende Anträge haben wir an die Ortsbeiräte der beiden Ortsteile gestellt. Leider hat sich der Ortsbeirat Neumorschen noch nicht mit diesem Antrag befaßt. Dem Ortsbeirat Altmorschen hat Bürgermeister Kohlhaas dagegen wenig Hoffnung auf Verwirklichung dieser bürgerfreundlichen Maßnahme gemacht. Sie sei z. Z. nicht finanzierbar. Ob

diesem Bürgeranliegen durch die Aufnahme in den Investitionsplan für die kommenden Jahre entsprochen wird, blieb in der Sitzung des Ortsbeirates Altmorschen einstweilen offen. Die F.D.P. jedenfalls wird dieses Thema nicht aus den Augen verlieren und im Interesse aller Bürger auch in dieser Angelegenheit am Ball bleiben.

KOSTENLOSES BÜRGER-TELEFON

Haben Sie Fragen zum Thema Rente? Dann rufen Sie doch einfach das Bürgertelefon an. Dort sitzen Experten, die Ihnen kostenlos Auskunft geben. Eine sinnvolle Einrichtung des Bundesarbeitsministeriums, weil es noch viele Unsicherheiten gibt. Was ist mit der vorgezogenen Altersrente? Was ist aus der freiwilligen Zusatzrente geworden? Und wie wirken sich Zeiten der Kindererziehung auf die Rente aus? **Das Bürgertelefon hat die gebührenfreie Nummer 0130-6280 und ist montags bis donnerstags zwischen 8 und 20 Uhr besetzt.**

LESERBRIEF ZUM BÜRGERBRIEF NR. 7

von Richard Patzke

Wirtschafts- und Kongreßdezernent
der Stadt Mainz

Die F.D.P.-Morschen hat in ihrem Kommunalwahlprogramm u. a. die Themen Wirtschaft und Fremdenverkehr angesprochen. Als Wirtschaftsdezernent der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz möchte ich hierzu einige Anmerkungen machen:

Privatisierung von öffentlichen Leistungen muß eine der unbedingt notwendigen Forderungen sein, um den wirtschaftlichen Spielraum der Kommune zu erhalten. Wir haben in unserer Stadt diesen Weg in etlichen Bereichen schon bestritten: Gebäudereinigung, Grünpflege, eine Grundstücksverwaltungsgesellschaft, die dem Zweck dient, Grundstücke zu erwerben und zu verkaufen. Selbstverständlich sind auch die Sparten wie die Abwasserentsorgung oder die Unterhaltung von Bauhöfen besonders geeignet, um im Interesse der Bevölkerung von privater Seite aus wirtschaftlicher betrieben zu werden. Eine Kommune muß z. B. keine wertvollen Maschinen für gelegentliche Einsätze auf einem Bauhof stehen haben. Es ist wesentlich kostengünstiger, durch entsprechende Jahresverträge mit dazu geeigneten Baufirmen derartige Leistungen bei Bedarf und jeweils auf Abruf zu sichern. Diese Praxis bewährt sich in unserer Stadt seit vielen Jahren. Ebenso haben wir einen ersten Schritt bei der Abwasserentsorgung und der EDV, durch die Übernahme in Eigenbetriebe, unternommen. Sie sehen, es

gibt eine breite Palette, die geradezu ermuntert, Leistungen von der öffentlichen Hand auf private Firmen zu verlagern und die hierbei gewonnenen Freiräume und finanziellen Einsparungen effektiv für die eigentlichen Aufgaben der Kommunen zu verwenden.

Die F.D.P.-Morschen war deshalb gut beraten, in ihrem Programm auf diese Notwendigkeiten hinzuweisen. Ich hoffe, daß die Bürgerinnen und Bürger in Morschen die Einschätzung teilen und wünsche den Liberalen vor Ort auch weiterhin viel Erfolg und Engagement für die Bürger.

ANMERKUNG DER REDAKTION: Ein Antrag der F.D.P.-Fraktion, der Finanzausschuß möge beschließen: "Öffentliche Dienstleistungen sollen nach kritischer Überprüfung privatisiert werden und zwar dann, wenn private Anbieter die gleichen Dienstleistungen billiger anbieten können", wurde mit 3 Nein-, bei 3 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt. **Fazit:** Die Mehrheit des Ausschusses ist immer noch nicht bereit, sich Gedanken über Einsparungsmöglichkeiten und gegebenenfalls deren Realisierung zu machen. Eine unverständliche Haltung in Zeiten knapper Finanzmittel und unvereinbar mit dem Sparwillen der SPD im vergangenen Kommunalwahlkampf.

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,
um der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen brauchen wir Ihre Unterstützung. Deshalb laden wir Sie herzlich zu unseren kommunalpolitischen Gesprächsrunden ein. Nächstes Treffen ist am **Freitag, den 01.10.93 um 20.00 Uhr, in der Gaststätte Semmler.**